

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1208, Raden & Comp. Organ für das werktätige Volk. Hauptkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Post f. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Dresden, Gebauer & Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verkaufpreis: 10 Pf. monatlich, 1.20 Pf. vierteljährlich, 4.80 Pf. halbjährlich, 9.00 Pf. jährlich. Einmalige Belegpreise: 1.20 Pf. für den Einzelbeleg, 10 Pf. für den Beleg für den Abnehmer. Anzeigenpreise: Die 10 mm breite Normalzeile 25 Pf., die 8 mm breite Kleinzeile 20 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 Pf. abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Geburten- u. Todesanzeigen 20 Pf. netto, für Kleinanzeigen 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

193 Dresden, Donnerstag, den 18. August 1932 43. Jahrgang

## Dilettantische Arbeitsbeschaffung

### Die Notenpresse soll „helfen“ - Das Papageiengeschrei der Unternehmer

Erörterungen über die Frage der Arbeitsbeschaffung im vollen Gange, und da die Zahl der Leute, die von den Währungsfragen keine Ahnung haben, in streifen nur allzu groß ist, ist es kein Wunder, daß phantastische und gefährliche Pläne ausgedacht werden, die leicht ihr Publikum finden, weil dabei versprochen wird, es ohne große Schwierigkeiten möglich sein würde, großen Umfangs Arbeit zu beschaffen.

Jetzt ist der Präsident des Deutschen Landgemeindevereins a. D. Dr. Gereke, mit einem angeblich Verbot zur Behebung der Arbeitslosigkeit hervorgetreten. Aber das, was der Herr Gereke empfiehlt, ist offenbar neu, sondern es handelt sich dabei um einen jener Schwankpläne, mit denen wir reichlich genug versorgt sind. Das Programm des Herrn Gereke beruht, so wird behauptet, auf dem Grundgedanken der zinslosen Kreditierung, die lediglich auf der Steuerkraft der arbeitenden Hand aufgebaut werden sollte. Die Krediten sollten Arbeiten größten Umfangs bewirkt werden, und zwar nicht im Rahmen des Anleihegesetzes, sondern bei Entlohnung der Arbeiter zu vollen Kosten. Wie sich Herr Dr. Gereke in einzelnen die Durchführung seines Planes denkt, ist aus den vorliegenden Behauptungen nicht zu ersehen. Aber es kann dabei nichts anderes erreicht kommen, als eben die Verengung der Kreditpresse zur Arbeitsbeschaffung. Es wird behauptet, daß zur Durchführung der Pläne des Herrn Gereke nur geringe Mengen von Geldzeichen notwendig seien, die die Reichsbank ohne eine Gelddruckung zur Verfügung stellen könne, aber wenn es sich nur um eine geringe Summe handelt, dann kann auch eine geringe Zahl von Arbeitern beschäftigt werden. Man muß sich immer vor Augen halten, daß man mit 100 Millionen Mark nur 30 000 bis höchstens 50 000 Menschen für lang beschäftigen kann. Will man aber größere Mengen einstellen, so muß man auch entsprechend

mehr Noten drucken, und dabei sind Inflationserscheinungen kaum vermeidlich. Wahrscheinlich werden alle derartigen Pläne auch bei der Reichsbank auf einen ebenso entschiedenen wie berechtigten Widerstand stoßen.

Auch das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat zur Frage der Arbeitsbeschaffung wieder einmal Stellung genommen. Wie die Papageien schreien diese Herren von der Industrie immer wieder denselben Unsinn in die Welt hinaus. Die Produktionskosten müßten, so heißt es in einer Verlautbarung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, gesenkt werden, dann würden die Betriebe wieder rentabel werden und es seien dann keine unerlösten Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten aufgestellt werden, mehr notwendig. Darüber zerbrechen sich bekanntlich die Herren von der Industrie nie den Kopf, wer denn ihre Erzeugnisse noch kaufen soll, wenn die „Produktionskosten“ noch mehr gesenkt, das heißt die Löhne noch mehr abgebaut werden. Das Ideal dieser Herren ist eine kundenlose Wirtschaft, bei der nur produziert, aber nicht abgesetzt und verbraucht wird.

Die Herren von der Industrie sind, so wird weiter in der Erklärung gesagt, bereit, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern, und sie hoffen, daß später dann die Einführung der Arbeitsdienstpflicht folgen wird.

Wir glauben schon, daß es den Herrschaften recht wäre, wenn ihnen mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden, die nicht mehr streifen können und bei deren Arbeitsbedingungen die Gewerkschaften nicht hineinsprechen haben. Abgesehen von amtlicher Seite erklärt, daß vorläufig eine Einführung der Arbeitsdienstpflicht noch nicht in Betracht käme, schon weil die Meldungen zum freiwilligen Arbeitsdienst so zahlreich seien, daß all die Jugendlichen, die sich freiwillig melden, noch nicht untergebracht werden könnten.

## Wir und der Anschluß

Von Julius Deutsch, Wien

In Oesterreich ist wieder eine sehr lebhaft diskutierte Frage über den Anschluß im Gange. Sie wurde durch das Lausanner Protokoll ausgelöst, das die Bestimmungen des Genfer Paktes vom Jahre 1922 verhängend, die „Selbstständigkeit“ Oesterreichs auf weitere zwanzig Jahre vertraglich festlegt. Gegen das Lausanner Protokoll wehren sich die Nationalsozialisten, einige kleinere bürgerliche Schichten des Landes und vor allem die Sozialdemokraten. Das ist also eine sehr heterogene Bundesgenossenschaft.

Was die Nationalsozialisten anbelangt, ist ihre Gegnerschaft gegen das Lausanner Abkommen rein demagogischer Natur. Da sie zu allem, was die bisher herrschenden bürgerlichen Parteien gemacht haben, „nein“ sagen, können sie das neueste Produkt der österreichischen Außenpolitik nicht gut bejahen. Obwohl sie sonst in den Fragen der Außenpolitik keineswegs eine nationale Zimperlichkeit gezeigt haben — man denke an Südtirol und an das Burgenland! — freizien sie jetzt im höchsten Diskant über den „nationalen Verrat“ des Lausanner Protokolls. Der Anschluß an Deutschland wird von den österreichischen Nationalsozialisten jetzt in dem Augenblick am lautesten verteidelt, in dem sie hoffen, daß ihre Bruderpartei in Deutschland die Macht oder zumindest einen erheblichen Teil der Macht ergreifen werde. Deshalb wird in jenen Kreisen, die den Anschluß ohne Rücksicht auf die Ereignisse der Tagespolitik vertreten haben, mit Recht darauf hingewiesen, daß die Anschließungsfähigkeit der Nationalsozialisten zur Zeit der Präsidentschaft Eberts und der Mangelhaftigkeit Hermann Müllers auf dem Rußpunkt gestanden habe. Auf die unbedingte Zuverlässigkeit der Nationalsozialisten in der Anschließungsfrage ist wenig Verlaß. Sie tun jetzt mit, weil ihnen das augenblicklich gerade in den politischen Strömung paßt. Sollte aber etwa einmal eine Regierung des Deutschen Reiches, in der einige Nationalsozialisten saßen, den Lausanner Vertrag ratifizieren, dann wird man sehen, mit welcher Lebendigkeit auch ihre österreichischen Gesinnungsbrüder umfallen werden.

Die bürgerlichen Schichten Oesterreichs, die den Lausanner Vertrag ablehnen, sind im Parlament durch neun „großdeutsche“ Abgeordnete vertreten. Die Großdeutschen haben ein gutes Jahrzehnt hindurch die Außenpolitik der andern bürgerlichen Parteien mitgemacht. Sie haben keinerlei für Genf gestimmt, dessen Bedingungen nicht weniger schmähiblich waren als die von Lausanne. Sie waren unentwegt in der berühmten antimarxistischen Front Janus Seipels, von dem sie sich auch in der Außenpolitik nicht trennen.

## Biccards zweiter Stratosphärenflug

### Heute früh gestartet

L. Zürich, 18. August. (Via Funkpruch.) Professor Biccard ist mit seinem Helfer Coshnel am Morgen 5.07 Uhr zu seinem zweiten Stratosphärenflug gestartet. Eine riesige Menschenmenge wohnte dem Start an. Der Aufstieg erfolgte bei fast völliger Windstille. Der Schweizer Flieger Mittelholzer folgte dem Ballon bis in eine Höhe von 5000 Meter. Der Ballon nahm allmählich südwestlichen, dann östlichen und schließlich südlichen Richtung. Ingenieur Coshnel leitete die letzten Vorbereitungen, die notwendig gemacht werden mußten, um die in der Gondel enthaltenen sehr kostbaren Instrumente nicht zu beschädigen.

Um 3.30 Uhr morgens erschien Biccard auf dem Ballon. Er hatte vorher, durch einen Wächter vor Neugierigen geschützt, in einem Flugzeugschuppen geschlafen. Dann kam Biccard mit ihren vier Kindern, um von ihrem Gatten Abschied zu nehmen. Hinterher wurde der Ballon mit 100 Kilogramm Wasserstoff gefüllt. Er schwoh zu einer Höhe an und wurde sodann mit der Gondel verbunden. Die Gondel wurde in der Höhe von 1000 Metern mit einem Motor angetrieben. Die Gondel wurde in der Höhe von 1000 Metern mit einem Motor angetrieben. Die Gondel wurde in der Höhe von 1000 Metern mit einem Motor angetrieben.

rief er und winkte mit der Hand. Dann rief er nochmals seine Gattin herbei und nahm herzlichen Abschied von ihr. Um 5.07 Uhr hob sich der Ballon, langsam auf, leise und gemächlich nach Südwesten treibend.

Der Flieger Mittelholzer erklärte nachher, daß er dem Ballon um 5.25 Uhr in 4900 Meter Höhe begegnet sei, daß es ihm nach dieser Begegnung nicht mehr möglich war, dem Ballon weiter zu folgen, da dieser, sobald er in den Bereich der Sonne gelangt war, mit großer Geschwindigkeit in die Höhe schöß.

### Ueber Graubünden

Wth. Zürich, 18. August. Nach einer Meldung eines der dem Ballon verlassenen Kraftfahrer befand sich Biccards Ballon um 8.30 Uhr über Saragans (Manton Graubünden) in einer Höhe von etwa 14 000 bis 16 000 Meter. Er bewegte sich mit einer Geschwindigkeit von etwa 40 Kilometer in südlicher Richtung.

### 14000 bis 15000 Meter hoch

Wth. Bern, 18. August. Aus der Gondel Biccards wurde um 9.40 Uhr folgende Aunmeldung abgefaßt: „Fliegen gegen Meran, sind auf halber Distanz.“ Ein weiterer Funkpruch aus der Gondel lautet: „Hier alles gut. Messungen gut. Höhe 14—15 000 Meter.“ Um 9.08 Uhr wurde der Ballon von St. Anton im Arlberg aus über dem hohen Nistler gesehen.

## Einberufung des Reichstags

WTB. Berlin, 18. August. Der Präsident des Reichstags hat nach einer Rückfrage, die er heute mit dem Reichskanzler hatte, den Reichstag auf Dienstag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr, einberufen.

ten. Ihre so plötzlich erwachten Bedenken gegen die unwürdigen Vorfälle, in die der neue Vertrag Oesterreich zu legen versucht, haben unter diesen Umständen nur eine geringe Ueberzeugungskraft. Die Christlichen halten ihnen mit Recht vor, daß alles das, was die Großdeutschen jetzt als schlecht hinstellen, von ihnen selber jahrelang mit verächtlichen wurde, und sie können zweitens auf die deutsche Reichsregierung des Herrn Papen hinweisen, deren nationale Ueberzeugungsanstrengung sie nicht einen Augenblick daran gehindert hat, den Lausanner Vertrag mitzumachen.

Meist also noch die Droffillen der Sozialdemokraten. Ihre Stellungnahme gegen den Lausanner Vertrag ist nicht allein durch die anschließungsfähigen Bestimmungen desselben bestimmt, sondern auch dadurch, daß Oesterreich durch diesen Vertrag neuerdings eine unwürdige finanzielle Kontrolle aufgebracht bekommen soll, wie man sie bisher höchstens irgendeiner Negerkolonie in Afrika zu machen zu können glaubte. Und das alles um einiger Lumpiger

„Allen Dank allen, die geholfen haben.“